Stand: 15.12.2025 21:55:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6816

"Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes - Wiederbelebung des Diplomstudiums"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6816 vom 09.06.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 23.06.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/9198 des WK vom 26.11.2015
4. Beschluss des Plenums 17/9447 vom 09.12.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 61 vom 09.12.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 09.06.2015 **Drucksache 17/6816**

Gesetzentwurf

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes
Wiederbelebung des Diplomstudiums

A) Problem

Seit 2006 sind die bayerischen Hochschulen nach Art. 57 Abs. 4 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) gehalten, alle Diplom- und Magisterstudiengänge auf die einheitlichen Formate Bachelor und Master umzustellen. Die Einschreibung für einen der alten Studiengänge sollte letztmalig zum Wintersemester 2009/2010 möglich sein. Diese Umstellung ist Teil der 1999 beschlossenen Bologna-Reform, die unter anderem auf eine Verkürzung der Studienzeiten und eine stärkere Berufsorientierung der Lehrinhalte zielt. Erreicht werden sollte dies durch die Einführung des gestaffelten Abschlusssystems: Die überwiegende Mehrheit der Studierenden sollte bereits nach einem dreijährigen anwendungsorientierten Bachelorstudium in den Beruf eintreten. Nur etwa ein Drittel der Bachelorabsolventen – so eine Kalkulation des Bayerischen Wissenschaftsministeriums – würde zusätzlich ein weiterführendes ein- bis zweijähriges Masterstudium absolvieren. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen aber, dass in einigen Fachrichtungen der Bachelorabschluss von Studierenden, Berufsorganisationen und/oder Unternehmen als nicht hinreichend berufsqualifizierend angesehen wird. Über die Hälfte der Arbeitgeber, so eine aktuelle Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, sehen ihre Erwartungen an die fachliche Qualität und Praxistauglichkeit von Bachelorabsolventen nicht erfüllt. Sehr viel mehr Studierende als erwartet setzten deshalb nach dem ersten Abschluss ihr Studium fort. Das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) geht in seinen Modellrechnungen dauerhaft von einer Masterübertrittsquote von 50 bis 85 Prozent aus. Infolgedessen wird die durchschnittliche Gesamtstudiendauer bis zum Berufseintritt eher steigen als sinken; erhoffte Kostenersparnisse für die Hochschulen und damit den Staatshaushalt bleiben aus.

Dabei wäre es zur Erhöhung von Fachkompetenz und Berufstauglichkeit oft ausreichend, innerhalb des grundständigen Studiums die Praxisanteile zu erhöhen und zusätzliche anwendungsorientierte Lerninhalte zu integrieren. Deshalb ist es in einigen Fachgebieten sinnvoll, als Alternative zum drei- bis dreieinhalb-jährigen Bachelor einen entsprechend erweiterten grundständigen Diplomstudiengang mit einer um ein Jahr längeren Regelstudienzeit und einem höheren ECTS-Leistungspunkte-Umfang anzubieten. Durch die Verleihung eines Diplomgrads wird nicht nur eine transparente Unterscheidung vom kürzeren Bachelorstudium geschaffen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Es soll auch durch die Verwendung der bekannten Bezeichnung die anwendungs- und berufsorientierte Ausrichtung der Diplomstudiengänge gegenüber den weiterführend-spezialisierenden oder forschungsorientierten Masterstudiengängen betont werden.

B) Lösung

Art. 57 Abs. 4 BayHSchG wird aufgehoben und das Diplomstudium im Übrigen als weiteres grundständiges Studium neben dem Bachelorstudium berücksichtigt.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

Der Lehrbedarf in Diplomstudiengängen ist durch die längere Regelstudienzeit und die höhere ECTS-Punktezahl um bis zu einem Drittel höher als in Bachelorstudiengängen. Die tatsächlichen Mehrbelastungen für den Staatshaushalt hängen davon ab, wie viele solche Studiengänge von den Hochschulen eingeführt werden und wie sich deren Studierendenzahlen entwickeln.

Bayerischer Landtag
17. Wahlperiode
Drucksache 17/**6816**
09.06.2015

Gesetzentwurf

zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes

§ 1
Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes

Das Bayerische Hochschulgesetz (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-K), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 212 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 10 Abs. 4 werden die Worte „Bachelor- und Masterstudiengänge“ durch die Worte „Bachelor-, Diplom- und Masterstudiengänge“ ersetzt.
2. Art. 57 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
      aa) Halbsatz 1 wird wie folgt geändert:
         aaa) Nach Nr. 1 wird folgende Nr. 2 eingefügt:
            „2. bei Diplomstudiengängen mindestens vier und höchstens viereinhalb Jahre,“
         bbb) Die bisherige Nr. 2 wird Nr. 3; die Worte „unter Nr. 1“ werden durch die Worte „unter Nrn. 1 und 2“ ersetzt.
         ccc) Die bisherige Nr. 3 wird Nr. 4.
      bb) In Halbsatz 2 werden die Worte „nach Nrn. 1 und 2“ durch die Worte „nach Nrn. 1, 2 und 3“ ersetzt.
   b) Abs. 4 wird aufgehoben.
3. Art. 61 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 2 werden die Worte „Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ durch die Worte „Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 und 2“ ersetzt.
      bb) In Satz 3 werden die Worte „Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3“ durch die Worte „Abs. 2 Satz 1 Nrn. 3 und 4“ ersetzt.
   b) In Abs. 6 Satz 2 werden die Worte „Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ durch die Worte „Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 und 2“ ersetzt.
4. In Art. 64 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 3 und 4 werden die Worte „Nr. 3“ durch die Worte „Nr. 4“ ersetzt.
5. In Art. 66 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „Nrn. 2 und 3“ durch die Worte „Nrn. 2, 3, und 4“ ersetzt.

§ 2
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am …… in Kraft.

Begründung:

Zu § 1
(Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes):

Zu Nr. 1

Die Aufnahme der Diplomstudiengänge in die Auflistung stellt klar, dass auch sie von einer unabhängigen Stelle akkreditiert werden sollen.

Zu Nr. 2

Zu a)

Zu aa)

Zu aaa)

Die Regelstudienzeit von Diplomstudiengängen wird auf vier bis maximal viereinhalb Jahre festgelegt.

Zu bbb)

Redaktionelle Änderung infolge der unter Nr. 2a neu eingefügten Nummer.

Zu ccc)

Redaktionelle Änderung infolge der unter Nr. 2a neu eingefügten Nummer.

Zu bb)

Es wird klargestellt, dass die Vorgabe von mindestens einem praktischen Studiensemester bei grundständigen Fachhochschulstudiengängen nach Abs. 2 Halbsatz 2 auch für Diplomstudiengänge gilt.

Zu b)

Die Vorgabe, wonach spätestens mit Beginn des Wintersemesters 2009/2010 eine Studienaufnahme in der Regel nur noch in Bachelorstudiengängen möglich sein soll, wird aufgehoben.

Zu Nr. 3

Zu a)

Zu aa)

Es wird klargestellt, dass die Vorgabe studienbegleitender Prüfungen auch für die Diplomstudiengänge gilt.

Zu bb)

Redaktionelle Änderung infolge der unter Nr. 2a neu eingefügten Nummer.

Zu b)

Es wird klargestellt, dass für Diplom- und Bachelorstudiengänge dieselben Vorgaben für die Verschiebung von Prüfungen gelten.

Zu Nr. 4

Redaktionelle Änderung infolge der unter Nr. 2a neu eingefügten Nummer.

Zu Nr. 5

Redaktionelle Änderung infolge der unter Nr. 2a neu eingefügten Nummer.

Zu § 2:
(Inkrafttreten)

Regelung des Inkrafttretens.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo
Abg. Helmut Radlmeier
Abg. Georg Rosenthal
Abg. Verena Osgyan

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes - Wiederbelebung des Diplomstudiums (Drs. 17/6816)
- Erste Lesung -

(Unruhe)

- Wenn sich das Auditorium wieder beruhigt hat und alle Kolleginnen und Kollegen in der Lage waren, wieder ihren Platz einzunehmen, werde ich in der Tagesordnung fortfahren. – Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Professor Dr. Piazolo. – Bitte schön, Herr Professor.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was ist unser Ziel bei der Einführung bzw. Wiederbelebung des Diploms? - Zum einen und Ersten wollen wir die Marke stärken, das Diplom als Titel. Ich hatte schon in der letzten Woche gesagt: Dieser Titel ist in der ganzen Welt anerkannt, er ist unbestritten, und er ist von hohem Wert. Wir hätten damit in Bayern einen internationalen Wettbewerbsvorteil. Der Titel ist eingeführt und nicht erklärungsbedürftig.

Es geht uns aber nicht nur um den Titel, sondern auch um den Inhalt. Das heißt, wir wollen nicht das alte Diplom, sondern ein Diplom, wie es sich die FREIEN WÄHLER vorstellen. Es wird einen Qualitätsstandard haben, um den uns die anderen Bundesländer und die anderen Länder beneiden werden. Dieses Diplomstudium, wie wir es planen, hat Exzellenzanspruch. Es ist berufsqualifizierend, das heißt, ähnlich wie der Bachelor, aber besser, weil es mit 240 ECTS-Punkten stärker als der Bachelor und praxisorientiert ist. Wir wollen bei diesem Diplom entweder ein weiteres Praktikumssemester oder zusätzliche Praktika. Wir wollen es in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft anwendungsorientiert und zusätzlich wissenschaftsfundiert ausgestalten mit

einer Diplomarbeit zwischen 80 und 120 Seiten, die ihren Namen verdient, nicht wie viele Bachelorarbeiten, die bei 30 Seiten stehen bleiben.

Auf der einen Seite steht das Diplom als Marke, auf der anderen Seite der Inhalt. Zusammen werden wir dieses Diplom, wie es die FREIEN WÄHLER wollen, zu einem Premiummodell machen.Das kann ein besonderes Gütesiegel der bayerischen Hochschullandschaft werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie wollen wir dieses Ziel erreichen? – Dazu dient der vorliegende Gesetzentwurf. Wir wollen Artikel 57 des Bayerischen Hochschulgesetzes ändern. Bislang ist dort geregelt, dass für Erststudierende nur der Bachelor möglich ist. Dies wollen wir ändern. Wir wollen außerdem das Diplom als Regelstudium ermöglichen, also Diplomstudiengänge wieder einführen. Wir stehen zu diesem Gesetzentwurf und hoffen auf Zustimmung, obwohl gestern die dpa die Meldung durch Bayern schickte: Die CSU stimmt grundsätzlich keinem Gesetzentwurf der Opposition zu. – Was für ein Armutszeugnis, wenn eine Regierungsfraktion sagt: Wir stimmen einem Gesetzentwurf der Opposition nicht zu, egal was in diesem Gesetzentwurf steht! - So ging es gestern über die dpa in die Welt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Josef Zellmeier (CSU): Dann müsst ihr eben gescheite Gesetzentwürfe bringen!)

Wir wollen finanzielle Anreize schaffen. Wenn eine Hochschule ein solches Studium entwickelt, soll sie über Zielvereinbarungen Stellen, Geld und Ressourcen bekommen.

Wir werden die Bedenkenträger offensiv entlarven. Die Bedenken, die in der letzten Debatte zu unseren Ideen geäußert wurden, waren sachlich falsch, insbesondere die Bedenken, die vonseiten der CSU geäußert wurden. Ich hatte das Gefühl, dass dort eine richtige Wagenburgmentalität herrscht: Wir verstecken uns hinter ein paar Vorwürfen und schauen ganz schüchtern raus.

Was wurde gesagt? – Wir würden Verwirrung in Deutschland schaffen, wenn wir ein Diplom einführten. Meine Damen und Herren, wir haben bereits andere Abschlüsse. Wir haben zum Beispiel das Staatsexamen. Und selbstverständlich gibt es immer noch Diplomstudiengänge in Bayern. Das Diplom gibt es an allen Verwaltungshochschulen. Die Staatsregierung hat sich sogar zu Recht dagegen gewehrt, diese Studiengänge abzuschaffen. Das bedeutet, für den Staat wollen Sie Diplomabgänger haben, der Wirtschaft verweigern Sie jedoch Diplomabsolventen. Das ist inkonsequent, unfair und schizophren. Diese drei Begriffe passen auf dieses Verhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Staatsminister hat erklärt, es sei keine Akkreditierung möglich. Auch das ist falsch. Eine Einzelakkreditierung ist nicht möglich, aber selbstverständlich eine Systemakkreditierung, die immer mehr im Kommen ist. Viele Hochschulen haben sie. Die TU Dresden hat sie ohnehin, aber auch die TU München und die Universität Erlangen haben sie. Dort wird eine ganze Fakultät akkreditiert. Dies wäre auch für einen Diplomstudiengang möglich. Diese Behauptung ist somit falsch.

Mehrere Kollegen haben angemahnt, wir würden in Europa einen Sonderweg gehen, wenn wir ein Diplom einführten. Das schlägt dem Fass den Boden aus. Abgesehen von diesem Begriff, der historisch belastet ist: Nirgendwo steht, dass Bachelor- und Masterabschlüsse vereinheitlicht werden müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen Sie, wie viele der 48 Unterzeichnerstaaten der Bologna-Erklärung diesen Prozess tatsächlich schon weit vorangetrieben haben? – Nur ein Viertel dieser Staaten, nämlich zwölf Staaten. Ich werde Ihnen jetzt ein paar Beispiele nennen, welche Abschlüsse es in anderen Staaten gibt. Glauben Sie etwa, dass alle anderen Unterzeichnerstaaten Bachelor- und Masterabschlüsse eingeführt haben? – Das ist nur in ganz wenigen Ländern der Fall.

Glauben Sie wirklich, dass die Franzosen diese englischen Begriffe verwenden? Wie heißt in Frankreich der Abschluss des Bachelorstudiums? – Licence. Wie heißt der

Abschluss, den Sie bei einem Master- oder Staatsexamensstudiengang im Fach Medizin in Frankreich erwerben? – In Frankreich heißt dieser Abschluss Diplôme d'État. Die Franzosen haben also das Diplom.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Sehen Sie sich einmal die Ecole Supérieure in Frankreich an. Diejenigen Hochschulen, die für den Staat ausbilden, also die besten Hochschulen, nennen ihren Abschluss "Diplôme". Die Franzosen haben also das Diplom, und wir, die wir die Erfinder dieses Begriffes sind, schaffen es ab. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie kann man nur so dumm sein?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In Belgien heißt der Abschluss Bachelier. In Polen heißt er Licencjat. In Italien heißt er Laurea di primo livello. In allen Ländern gibt es unterschiedliche Begriffe. Die Staatsregierung stellt sich jedoch hin und sagt: Wenn wir das Diplom wieder einführen würden, würden wir für Verwirrung in Europa sorgen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, darüber kann man nur lachen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Begriff "Diplom" wird inzwischen in anderen Ländern häufiger verwendet als bei uns. Ich sage ganz deutlich: Das Diplom-Modell, das wir FREIEN WÄHLER möchten, zeichnet sich durch vier Eigenschaften aus:

Dieses Modell ist klar wie ein oberbayerischer Bergsee. Ein dreijähriges grundständiges Studium schließt mit dem "Bachelor" ab, ein vierjähriges grundständiges Studium mit dem "Diplom". Daran schließt sich ein weiterführendes Studium "Master" an. Das ist klar wie ein oberbayerischer Bergsee.

Das Modell der FREIEN WÄHLER ist daneben so sparsam wie eine schwäbische Hausfrau. Dieses Studium kostet kaum mehr Geld.

Das Modell ist vom Inhalt her außerdem edel wie ein fränkischer Bockbeutel.

Schließlich ist es stark wie ein niederbayerischer Stier.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alles in allem ist dieses Modell einfach gut. Das müssen Sie anerkennen. Sie sollten unserem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Besten Dank, Herr Kollege, auch für diese gesamtbayerische Anpreisung Ihres Modells. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Radlmeier von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie lehnen das Modell ab, weil er die Oberpfalz vergessen hat!)

Helmut Radlmeier (CSU): Herr Kollege, die Oberpfalz hätte schon noch dazugehört!

(Beifall bei der CSU)

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute geht es um einen Gesetzentwurf, der Bayern, falls er Zustimmung finden sollte, in meinen Augen in der Wissenschaftspolitik weit zurückwerfen würde. Wir haben bereits in der letzten Aktuellen Stunde über dieses Thema gesprochen. Ich habe in der vergangenen Woche klargemacht: Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag lehnt diesen Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER ab.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte mich deshalb heute auf den Telegrammstil beschränken. Seit der letzten Woche gibt es außer dieser dpa-Meldung – lassen wir sie einmal so stehen – keine neuen Argumente zu diesem Themenblock.

Was wollen die FREIEN WÄHLER? – Die FREIEN WÄHLER wollen mit diesem Gesetzentwurf der mangelnden Praxisorientierung der Bachelorstudiengänge begegnen

und dem hohen Interesse von Bachelorabsolventen an einem weiterführenden Masterstudium entgegenwirken. Aus unserer Sicht besteht für diesen Gesetzentwurf kein Bedarf. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen kein "Kommando zurück".

Ich möchte meine Aussagen mit mehreren Studien aus jüngster Zeit, die auf Befragungen von Unternehmen und Absolventen beruhen, belegen. Die jüngsten Studien stammen vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und dem Institut der Deutschen Wirtschaft Köln. Außerdem nenne ich das Bayerische Absolventenpanel 2014 des Bayerischen Staatsinstituts für Hochschulforschung und Hochschulplanung. Diese Studien belegen, dass in fast allen betrachteten Fächern die Absolventinnen und Absolventen der Bachelor- und Masterstudiengänge einen gleich guten oder besseren Praxisbezug als Diplom-Absolventen haben.

Zudem wurde deutlich, dass insbesondere die Hochschulen für angewandte Wissenschaften den Praxisbezug in der Lehre bei den neuen Studiengängen bereits deutlich intensiviert haben. Der Missstand, den Sie ansprechen und auf den Sie mit Ihrer Reform reagieren möchten, besteht also gar nicht. Außerdem wird das zweite Ziel, das die FREIEN WÄHLER anführen, mit dem Entwurf nicht erreicht, nämlich die Reduzierung der Zahl von Masterstudierenden.

Die Umsetzung dieses Gesetzentwurfs käme einem Ausstieg aus der Bologna-Erklärung gleich. Dieser Bologna-Erklärung haben 48 Staaten zugestimmt. Diese Zahl spricht für sich. Die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge wurde inzwischen mit 847 Bachelor- und 859 Masterstudiengängen komplett vollzogen. Wir wollen nicht aus der Bologna-Erklärung aussteigen und alle diese Fortschritte zunichtemachen.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Das will doch niemand!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wiedereinführung des akademischen Grades "Diplom" für ein neues Studiengangformat würde zudem – anders als Sie das gesagt haben – zu Intransparenz und zu einer Titelverwirrung führen;denn der Begriff "Di-

plom" wäre nun mehrdeutig. Ich habe es letzte Woche schon gesagt, ich möchte es nicht noch einmal sagen. Die Wiedereinführung des akademischen Grades "Diplom" wäre keine kleine Korrektur, wie Sie behaupten, sondern sie wäre die Rückkehr in das Wissenschaftszeitalter vor Bologna, vor 1999.

Auch unseren Studierenden würden wir schaden. Die Reform wäre ein Schlag gegen die Wettbewerbsfähigkeit und die wachsende Mobilität unserer Studierenden. Die erfolgreichen Bemühungen unserer Hochschulen um internationale Wettbewerbsfähigkeit würden ebenfalls erheblich zurückgeworfen. Dies haben nicht zuletzt TU-Präsident Herrmann und der Verein "Hochschule Bayern e. V." in Pressemitteilungen dargelegt.

Letzte Woche habe ich Präsident Herrmann zitiert. Heute möchte ich den Präsidenten der Vereinigung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Bayern, Herrn Michael Braun, eine renommierte Persönlichkeit, zitieren. Er sagt, die bayerischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften hätten es seit der Bologna-Erklärung von 1999 fertiggebracht, ein attraktives, stark nachgefragtes und qualitätsgesichertes Angebot an praxisorientierten Studiengängen aufzulegen. Dies würden den Hochschulen regelmäßig die Partner in den Unternehmen, in den Verbänden und den Kammern bestätigen, die über Wirtschaftsbeiräte und Akkreditierungsagenturen direkt in die Entwicklung der Studiengänge einbezogen würden; entgegen der Kritik an der Praxistauglichkeit und der fachlichen Qualität der Absolventinnen und Absolventen sei der Bachelor durch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften zu einem ersten wirklich berufsqualifizierenden Abschluss entwickelt worden. – So Präsident Braun.

Ich möchte ein Beispiel aus der Praxis nennen. Auch unser Landshuter HAW-Präsident, Professor Stoffel, mit dem ich in ständigem Dialog bin, sieht sehr gute Berufschancen nach einem Bachelorabschluss. Nach dem Bachelorabschluss ist es für viele Studierende ein klarer Schritt, für den Master einen anderen Studienort aufzusuchen. Im Wesentlichen gibt es in den Masterstudiengängen einen höheren Anteil Studieren-

der aus fremden Regionen als in den Bachelorstudiengängen. Deshalb ist hier pauschale Kritik fehl am Platz und nicht angebracht.

Ein weiteres Argument für die Umstellung auf Bachelor und Master ist die Internationalisierung. Wir haben gleiche Programme, und auch bei den Diplomstudiengängen wird in der gleichen Sprache gesprochen. Das spricht für sich.

Ein weiteres Praxisbeispiel, das dies beleuchtet: Die HAW Landshut hat einen Partnerschaftsvertrag mit der anerkannten Clemson University in South Carolina. Hier wird auch noch einmal ganz deutlich, dass die Anstrengungen der letzten Jahre vom Wissenschaftsministerium, die Anerkennung von Studienleistungen im Ausland zu erleichtern, auch den Studienaufenthalt im Ausland für die Studentinnen und Studenten attraktiver machen. Das ist absolut positiv zu bewerten.

Das heißt aber nicht, dass es bei Bologna keine Defizite gibt. Wir haben es in der letzten Woche schon besprochen. Minister Spaenle hat selbst darauf hingewiesen, dass die Vielzahl der Bachelorstudiengänge – ich nenne nur die Stichworte Auswahlerleichterung und Ausdifferenzierung – nochmals zu hinterfragen ist. Die Einführung eines weiteren Studiengangs mit dem Abschluss "Diplom" stellt unseres Erachtens kein geeignetes Heilmittel dar. Die Vielzahl der Studiengänge ist aber keineswegs die notwendige oder unmittelbare Folge der Umstellung des Systems auf Bachelor und Master. Wir sollten uns daher in den nächsten Jahren intensiv darum bemühen, einen Dialog mit den Hochschulen zu führen, um die Zahl der Studiengänge entweder zu reduzieren oder eine größere Vergleichbarkeit der Studiengänge zu erreichen. Dieses Thema ist aber kein rein bayerisches, sondern es wurde erst jüngst bei der Konferenz der hochschulpolitischen Sprecher Mitte Juni in Hannover angesprochen. Ich nenne nur das Stichwort Studiengangsinflation.

Zusammenfassend darf ich feststellen, dass wir den Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER in den weiteren Beratungen ablehnen werden. Er ist ein Versuchsballon, der gestartet wurde. Wir sollten uns im Ausschuss den geänderten Herausforderungen in der

Gesellschaft stellen und im Hinblick auf die Ausdifferenzierung eventuell eine Anpassung vornehmen, aber immer unter der Prämisse, das bestehende System weiterzuentwickeln. Wir brauchen kein Premiummodell. Wir haben ein sehr gutes bestehendes System, das es weiterzuentwickeln gilt.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen Verlässlichkeit für die Studierenden, und wir brauchen Planungssicherheit für die Hochschulen und die Universitäten. Hier geht es nicht um Waren, die wir ganz beliebig mal so und mal anders auszeichnen oder betiteln. Wir brauchen nicht, wie es der Kollege so schön gesagt hat, eine Marke oder ein Etikett. Wir brauchen Fach- und Führungskräfte von morgen, welche die Zukunft unseres Landes sichern. Darum werden wir den Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächster hat der Kollege Rosenthal von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Georg Rosenthal (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf mit der Überschrift "Wiederbelebung des Diplomstudiums", den die FREIEN WÄHLER eingebracht haben und den der Kollege Piazolo hier vertreten hat, geht einen schwierigen Gang. In der Analyse und Problembeschreibung, die Sie dem Gesetzentwurf voranstellen, sind viele richtige Argumente genannt worden. Richtig ist, dass die Entwicklung des Bologna-Prozesses – das kann man auf EU-Ebene immer wieder lesen und hören – noch nicht rund läuft. Richtig ist sicherlich auch, dass viele Erwartungen, die mit dem Bologna-Prozess verbunden waren, erst nach und nach sichtbar werden. Dieser Prozess, der seit 1999 auf europäischer Ebene vorbereitet und 2006 eingeleitet worden ist und der das Ziel hatte – darum geht es, und das kommt mir zu kurz -, eine uneingeschränkte Mobilität von Studierenden und Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern auf europäischer Ebene und die Vergleichbarkeit und gegenseitige Anerkennung

von Abschlüssen zu erreichen, ist nicht so gelaufen, wie wir es uns an vielen Stellen gewünscht haben.

Auch die EU-Kommission stellt in ihren Berichten fest, dass nur sieben von zehn Studierenden die Hochschulausbildung abschließen. Das heißt, wir haben eine Abbruchquote zwischen 30 und 50 %. Bei der Mobilität werden mehrere Punkte als Probleme ins Feld geführt: die fehlende finanzielle Unterstützung und die mangelnden Sprachkenntnisse, die als die größten Barrieren für die Studierenden bei der Mobilität definiert werden. Im inneren Prozess der Bologna-Reform ergibt dies einen erheblichen Nachholbedarf. Ist es da richtig, das alte Diplom zur Erreichung von Einheitlichkeit im europäischen Raum einfach dazwischenzuschieben? Zwischen Bachelor und Master soll es ein neues Etikett geben. Sie, Herr Professor Piazolo, haben es selber als "Etikett" bezeichnet. Vom Etikett zum Etikettenschwindel ist es aber nicht weit.

In der Analyse, dass viele Probleme aufgegriffen werden sollen und müssen und dass wir um die Einheitlichkeit dieses europäischen Prozesses weiter ringen müssen, stimme ich Ihnen ausdrücklich zu. Die Kernziele, die auf europäischer Ebene von den nunmehr 48 Mitgliedstaaten vereinbart worden sind, wollen wir doch nicht aufgeben. Die Kernziele heißen gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen und Studienabschlüssen, Transparenz, Vergleichbarkeit der Abschlüsse, die europäische Zusammenarbeit in der Qualitätssicherung und die Verwendung von Transparenzinstrumenten, wie zum Beispiel das europäische Kreditpunktesystem.

All das – da sind wir uns einig – sind Fortschritte. In diesem Zusammenhang ist das Diplom, so wie Sie es vorgestellt haben, für mich und für meine Fraktion nicht überzeugend. Kein "Kommando zurück", kein Wiederstart für das Diplom – das würde einen unglaubwürdigen Prozess einleiten und viel Energie in die falsche Richtung lenken. Das Diplom bezeichnen Sie als wichtiges Markenzeichen. Viele deutsche Universitäten garnieren ihren Masterabschluss mit dem Diplom. An diesen Universitäten kann man sich orientieren. Damit wäre das, was Sie als Etikett bezeichnet haben, ausführlich umgesetzt.

Das Tempo der Hochschulreform muss erhöht werden. Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu. Die Finanzmittel, welche die Bundesrepublik Deutschland sowie die Bundesländer in die Bildung stecken, sind nach wie vor zu niedrig. Das sind 1,4 % unseres Bruttosozialprodukts. Vergleichbare kleinere Länder machen sehr viel mehr. Die Relation Lehrende zu Lernenden ist absolut unbefriedigend. Die Abbrecherquoten – darin sind wir uns auch einig – können so nicht hingenommen werden. Wir überfordern den akademischen Mittelbau. Bei diesen Punkten haben Sie uns an Ihrer Seite. Darüber müssen wir reden. Das können wir auf der Basis dessen, was Europa mit den europäischen Hochschulen gemeinsam vereinbart hat. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Osgyan von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Verena Osgyan (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir fällt es wahrlich schwer, für die Debatte, die wir bereits letzte Woche geführt haben, neue Aspekte zu finden. Mit dem Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER wird 16 Jahre nach Unterzeichnung der Bologna-Erklärung die Wiedereinführung des Diploms gefordert. Der Gesetzentwurf stellt dem aktuellen Hochschulsystem in Bayern ein schlechtes Zeugnis aus. Ich glaube, darauf können wir uns einigen. Wir sind vom europäischen Hochschulraum noch weit entfernt. Ich hätte mir eine einfachere Umstellung auf Bachelor und Master gewünscht. Ich glaube, mittlerweile haben wir ganze Studentengenerationen verschlissen. Das ist schade und lässt sich nicht wegdiskutieren.

Zu Beginn der Umstellung hatten wir völlig überfrachtete Lehrpläne und viel zu schwierige Prüfungen. Das war alles noch nicht ausgereift. Schließlich hat sich alles eingependelt. Jetzt stellt sich heraus, dass der Bachelor mit sechs Semestern von der Wirtschaft nur unzureichend angenommen wird. Das geben die Studien eindeutig her.

Für die Bachelorstudierenden ist es am schlimmsten, dass die Vergleichbarkeit im internationalen Raum nicht gegeben ist, weil die meisten Länder auf den Bachelor in acht Semestern setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Ziel war die Durchlässigkeit und Vergleichbarkeit im europäischen Hochschulraum. Herr Piazolo, Ihrer Analyse und meinem Vorredner stimme ich absolut zu. Wir müssen noch einmal ran. Wir brauchen eine Reform der Bologna-Reform, damit die Studierenden endlich vergleichbare Bedingungen vorfinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür haben wir bereits mannigfaltige Maßnahmen vorgeschlagen. Ich fasse die wichtigsten Maßnahmen zusammen. Die Unterfinanzierung der Hochschulen muss gelindert werden. Zwar haben wir einen absoluten Aufwuchs der Etats, die Zahlen belegen jedoch eindeutig, dass gleichzeitig die Zuwendungen, die Bayern in das System gibt, pro Studierenden gesunken sind. Wir haben mit dem Anstieg der Studierenden nicht Schritt halten können. Die wachsende Drittmittel-Abhängigkeit führt nicht nur zu einer Verschlechterung der Studienbedingungen, sondern wirft gleichzeitig den wissenschaftlichen Nachwuchs in prekäre Arbeitsbedingungen. An dieser Stelle müssen wir ansetzen. Das ist das Wichtigste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen endlich ein Master-Ausbauprogramm, das dem tatsächlichen Bedarf gerecht wird. Das haben wir letzte Woche im Rahmen der Debatte bereits gehört. Bayern liegt hinsichtlich der Anzahl der Masterstudierenden bundesweit auf dem letzten Platz. Das betrifft nicht nur den absoluten Durchschnitt, sondern auch die Neueinschreibungen. Diese betragen in Bayern 7,8 %, im Bund 12,2 %. Die Relation stimmt nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir rechnen damit, dass vielleicht irgendwann einmal 30 % der Studierenden einen Master machen werden. Das sind die Berechnungen der Staatsregierung. Das Institut für Demoskopie Allensbach schätzt, dass über 60 % der Studierenden einen Master machen wollen. Das zeigt klar und deutlich: Irgendwann wird der Master der Regelabschluss werden, und zwar nicht nur für die wissenschaftliche Arbeit, sondern für den Berufseinstieg. Dieser Tatsache müssen wir uns stellen, anstatt sie wegzudiskutieren.

Alle Studierenden, die die Voraussetzungen für ein Masterstudium mitbringen, müssen die Chance erhalten, dieses auch aufnehmen zu können. Ich erwähne insbesondere die Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die mittlerweile die Leistungsträger im System sind. Diese müssen wir mehr unterstützen.

Ein Äquivalenz-Diplom zum Master – das habe ich schon erwähnt – ist keine schlechte Sache. Damit können wir die Marke erhalten. Dagegen spricht nichts. Es kommt drauf an, was drinsteckt, und nicht, welcher Titel draufsteht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen den Bachelor, so wie er jetzt existiert, in Bezug auf die Vergleichbarkeit, die Studiendauer und die Zerfaserung in viele einzelne kleine Studiengänge, die einer internationalen Vergleichbarkeit nicht dienen, einer kritischen Evaluation unterziehen.

Ein weiterer Punkt, der bereits genannt wurde, ist mir besonders wichtig. Es geht um die soziale Flankierung des Studiums. Hierzu haben wir eine Anhörung durchgeführt. Die Zahlen der Studienabbrecher sind kritisch evaluiert worden. Immer war davon die Rede, dass wir mehr Beratungs-, Unterstützungs- und Wohnungsangebote für Studierende brauchen. Im internationalen Vergleich liegt Bayern deutlich zurück. Wenn wir die Internationalisierung unserer Hochschulen im Sinne eines internationalen Hochschulraums vorantreiben wollen, müssen wir insbesondere diese Punkte ins Auge fassen.

Wir sollten uns jetzt die Zeit nehmen, um die Erfahrungen der letzten 16 Jahre kritisch zu betrachten, um daraus in Ruhe Maßnahmen zu entwickeln. Für die Umstellung der verbliebenen Diplomstudiengänge oder Staatsexamen besteht keine Eile. Wir wollen jedoch auch keine Rolle rückwärts. Wir möchten unseren Hochschulraum am Fortschritt orientieren. Es führt kein Weg am Bologna-Prozess vorbei.

Der echte europäische Hochschulraum, den wir uns alle wünschen, ist mobilitätsfreundlich, studierendengerecht, weltoffen, sozial, wissenschaftlich hochklassig, leistungsstark und innovativ. Deswegen können wir dem Gesetzentwurf leider nicht zustimmen, obwohl wir die Analyse für richtig halten. Lasst uns alle zusammen noch einmal rangehen und eine echte Reform der Bologna-Reform auf den Weg bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Der Gesetzentwurf soll gemäß Beschluss des Ältestenrates dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst als federführendem Ausschuss überwiesen werden. Besteht damit Einverständnis? – Widerspruch erhebt sich nicht. Damit ist das so beschlossen.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.11.2015 **Drucksache 17/9198**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/**6816**

zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes - Wiederbelebung des Diplomstudiums

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Prof. Dr. Michael Piazolo**
Mitberichterstatter: **Manuel Westphal**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf mitberaten.
   Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 35. Sitzung am 14. Oktober 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 90. Sitzung am 25. November 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 42. Sitzung am 26. November 2015 endberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.

Prof. Dr. Michael Piazolo
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 09.12.2015 **Drucksache** 17/**9447**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/**6816**, 17/**9198**

zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes
Wiederbelebung des Diplomstudiums

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures
Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo
Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Manuel Westphal
Abg. Isabell Zacharias
Abg. Verena Osgyan
Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes
Wiederbelebung des Diplomstudiums (Drs. 17/6816)
- Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit beträgt für die Fraktionen entsprechend der Vereinbarung im Ältestenrat 24 Minuten. Erster Redner ist Kollege Professor Dr. Piazolo.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wie lange war das?)

- 24 Minuten, Herr Kollege. – Bitte, Herr Professor Piazolo.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich an die Erste Lesung und die Beratungen im Hochschulausschuss zurückdenke, erinnere ich mich daran, welch großes Lob der Studienabschluss "Bachelor" von allen Fraktionen bekommen hat - außer von uns. Deshalb wollte ich nachfragen, welche Anerkennung dieser Bachelor in der Bevölkerung erfährt. Daher bin ich in den letzten Tagen in München in der Fußgängerzone unterwegs gewesen und habe gefragt, ob der Abschluss "Bachelor" bekannt ist. Was glauben Sie, werte Kollegen, wie viele Münchnerinnen und Münchner den Bachelor überhaupt als Studienabschluss kennen? Gut, es war keine repräsentative Umfrage. Aber es war nur ein Viertel! Nur 25 % der Bevölkerung wissen zehn Jahre nach dem Bologna-Prozess, dass das ein Studienabschluss ist. Das liegt knapp 2 % über der Anzahl derjenigen, die antworteten: RTL-Fernsehserie. Das ist erschreckend! Ein Begriff wie der Bachelor ist bei der Bevölkerung nach über zehn Jahren noch immer nicht angekommen. Das ist eine Watschen für ihre Hochschulpolitik, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe übrigens auch nach dem Diplom gefragt. Da traf ich keinen Einzigen, der nicht wusste, dass das Diplom ein Studienabschluss und ein Titel ist. Da sieht man, welchen Unterschied es in diesen Bereichen gibt. Deshalb sage ich deutlich – gerade auch an die Staatsregierung und die CSU-Fraktion gerichtet –: Die Abschaffung des Diploms, die Abschaffung des Titels Diplom war eine der größten hochschulpolitischen Dummheiten der letzten Jahrzehnte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Was ich schon gar nicht verstehen kann, ist Folgendes: Gerade die Kollegen der CSU, die zurzeit draußen rumrennen und von bayerischer und deutscher Leitkultur sprechen, führen zwar den Begriff Leitkultur im Mund, gleichzeitig aber führen sie angloamerikanische Begriffe wie Bachelor und Master in der Hochschulpolitik ein.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wo bleibt denn da Ihre so gerühmte Leitkultur?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Diplom abzuschaffen und angloamerikanische Systeme einzuführen, das ist - das muss ich ganz deutlich sagen - im Grunde ein hochschulpolitischer Kurs, den man nicht nur nicht teilen kann, sondern geradezu verurteilen muss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Schämt euch!)

Deshalb fordern wir: Greift doch auf einen bekannten Titel zurück und füllt ihn mit neuem Inhalt; denn vieles, was der Bologna-Prozess gebracht hat, ist nicht gut. Manches ist aber durchaus verwertbar. Deshalb fordern wir: Nehmen wir doch diese anerkannte Marke Diplom, beleben sie neu, führen sie teilweise neu ein als Diplomstudium mit Exzellenzanspruch! Auch das hören wir ja immer wieder von der Staatsregierung:

Wir sind exzellent. Entwickeln wir eine Marke, die für Bayern und Deutschland einmalig ist und nicht angloamerikanischen Abschlüssen hinterherrennt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das heißt: berufsqualifizierend, 240 ECTS-Punkte, damit stärker als Bachelor, praxisorientiert mit zusätzlichen Praktiken, anwendungsorientiert in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und wissenschaftsfundiert mit einer eigenen Diplomarbeit. Das sind unsere Vorstellungen eines Diplomstudiums von Klasse, von Modernität, praxisorientiert. Das kann ein Gütesiegel im bayerischen Hochschulraum werden. Dafür werben wir. Das tue ich nicht nur heute, sondern auch in den nächsten Wochen und Jahren, so lange, bis wir das in Bayern durchgesetzt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Um Missverständnissen vorzubeugen: Es gibt dabei keine Verwirrung, sondern der Titel Diplom ist in der Bevölkerung bestens bekannt. Es gibt keine Akkreditierungsschwierigkeiten. Wir können das locker machen. Dresden kann es auch, und was die Sachsen können, können wir schon lange.

(Allgemeine Heiterkeit)

Das wäre auch kein Sonderweg in Europa, wie es von der CSU behauptet wird. Wir als FREIE WÄHLER stehen für Sonderwege nicht zur Verfügung. Viele andere Länder haben das Diplom behalten, nur wir, die Erfinder des Diploms, wir Deutsche haben es abgeschafft. Dagegen wehren wir uns, und dagegen werden wir politisch aktiv.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Piazolo. – Für die CSU-Fraktion kommt jetzt Kollege Westphal, bitte schön.

Manuel Westphal (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wie bereits dargestellt, haben wir die Argumente zu diesem Gesetzentwurf in

vielfältiger und sehr umfassender Art und Weise bereits in der Aktuellen Stunde ausgetauscht, wir haben sie im Ausschuss diskutiert und tun es jetzt hier im Plenum.

Alle Fraktionen mit Ausnahme der FREIEN WÄHLER haben sich eindeutig gegen diesen Gesetzentwurf ausgesprochen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das spricht für uns!)

Kollege Aiwanger, ein Spruch heißt: "Wer schreibt, bleibt", nicht "Wer schreit, bleibt."

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Ich möchte einige wesentliche Punkte herausarbeiten; denn das ist für die Kollegen notwendig, die nicht im Ausschuss Mitglied sind. Die FREIEN WÄHLER wollen die Einführung von modularisierten, erweiterten grundständigen Diplomstudiengängen, sie wollen die akademischen Grade "Diplom Universität" und "Diplom FH" wieder einführen, und sie wollen die Umstellungspflicht unserer Hochschulen auf das Bachelor- und Mastersystem wieder aufheben. Damit soll den angeblich fehlenden Praxisbezügen bei den Bachelorstudiengängen begegnet und dem hohen Interesse an den Masterstudiengängen entgegengewirkt werden, und wie ich vorhin gehört habe, will man wohl eine Abkehr vom Bologna-Prozess.

Meine Damen und Herren, dieser Gesetzentwurf ist weder sinnvoll noch zielführend. Er ist nicht auf die Zukunft ausgerichtet, sondern ist rückwärts gewandt. Er bringt keine Qualitätssteigerung mit sich. Weder die Studenten noch die Hochschulen noch die Unternehmen werden dadurch Vorteile haben. Er ist von uns deshalb nicht gewollt.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Von Ihnen nicht! Von uns schon!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das an einigen Punkten noch einmal deutlich machen, auch wenn der Kollege Aiwanger jetzt wieder dazwischenschreit. Bache-

lor und Master haben sich bewährt und sind gut angenommen worden. Der Bologna-Prozess läuft nun seit 1999. 48 Staaten haben sich daran beteiligt. Sämtliche Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Bayern haben sich dementsprechend darauf eingestellt und ihre Studiengänge umgestellt.Es gibt 869 Bachelor-Studiengänge und 933 Master-Studiengänge. Die Hochschulen sind somit zielstrebig an diese Aufgabe herangegangen und haben sie erfolgreich gelöst. Das ist bereits ein Beleg dafür, dass kein Bedarf für diese Reform besteht.

Mit der Umstellung des Systems haben wir immer das Ziel verfolgt, mehr Internationalisierung und Mobilität zu erreichen. Wir haben dabei gute Fortschritte erzielt. Die Zahl der ausländischen Studenten ist gestiegen. Mehr Studenten als früher setzen ihr Studium im Ausland fort. Wir haben die Möglichkeiten erleichtert, um die Hochschule und den Studiengang zu wechseln. Heute besteht deutlich mehr Vergleichbarkeit, als das im System vorher der Fall war. Die Umstellung auf Bachelor und Master bietet neue Möglichkeiten, interdisziplinär zu arbeiten, sich besser zu spezialisieren und sich international auszutauschen. Daher wäre die Einführung von Diplom-Studiengängen ein Schritt in die falsche Richtung.

Wir haben mehr Praxis- und Berufsbezogenheit als vorher. Das zeigen keine Umfragen aus der Fußgängerzone, die ich selber durchgeführt habe. Das zeigen Befragungen etwa des Instituts der deutschen Wirtschaft. Diese Befragungen zeigen deutlich, wie hoch die Zufriedenheit ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die waren auch für das G 8 und sind jetzt für das G 9!)

- Ich sage es noch einmal: Nicht wer schreit, bleibt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie reagieren doch darauf!)

- Ist ja gut. Darüber können wir hinterher noch diskutieren, Herr Kollege. - Außerdem - das halte ich auch für maßgeblich - würden wir mit der Einführung von Diplom-Studi-

engängen niemanden davon abhalten, das Masterstudium zu wählen. Das Masterstudium wird gewählt, damit man sich weiter qualifizieren kann. Wir haben den Hochschulen auch die Möglichkeit eröffnet, den Master- und den Diplomabschluss mit einer Äquivalenzerklärung gleichzustellen, wie das die TU München gemacht hat. Es darf aber die Frage gestellt werden, warum nicht deutlich mehr Hochschulen von der Äquivalenzerklärung, der Gleichstellung beider Abschlüsse, Gebrauch machen. Man wird darauf stoßen, dass es dieses Bedürfnis nach Diplom-Studiengängen nicht gibt, wie es die FREIEN WÄHLER gerne hätten.

Herr Kollege Professor Piazolo, weiter hätte die Einführung des Diplom-Studiengangs sehr wohl negative Folgen. Sie würde zu Unruhe und Unsicherheit an den Hochschulen, bei den Unternehmen und unter den Studenten führen. Es würde sehr wohl eine Titelverwirrung geben; denn es wäre nicht eindeutig ersichtlich, ob es sich um einen einphasigen, einen mehrphasigen oder einen modularisierten Studiengang handelt. Die Wettbewerbsfähigkeit und die Mobilität würden reduziert, und die Internationalisierung würde zurückgeworfen werden. Das wird nicht nur von mir behauptet, sondern auch vom TU-Präsidenten Herrmann, vom Verein "Hochschule Bayern" und vom Bayerischen Industrie- und Handelskammertag, der sich ausdrücklich dagegen ausgesprochen und darauf verwiesen hat, dass Vorhandenes zu stärken sei und etwaige Probleme im Rahmen des bestehenden Systems zu bearbeiten seien.

Fazit meinerseits: Einen Bedarf für die Reform, wie mit diesem Gesetzentwurf gefordert, besteht nicht. Eine Reform würde keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Situation mit sich bringen. Sehr geehrter Professor Piazolo, wir als CSU sind in Bayern daheim und in der Welt zu Hause.

(Lachen bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oh je!)

Deswegen ist es kein Problem, sich mit Abschlüssen wie dem Bachelor und dem Master auseinanderzusetzen. Sie stehen mit Ihrem Gesetzentwurf auf dem hochschulpoli-

tischen Abstellgleis. Uns ist es wichtig, das bestehende System so gut wie möglich zu nutzen. Wir sollten es voranbringen. Wir befinden uns auf dem richtigen Weg. Ich möchte Sie alle dazu einladen, diesen Weg gemeinsam mit uns weiterzugehen. Den vorliegenden Gesetzentwurf werden wir seitens der CSU-Fraktion nach wie vor ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Westphal, vielen Dank für die Ausführungen. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Herr Professor Piazolo hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte sehr.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Westphal, ich habe zwei oder drei Bemerkungen. Erstens sollten wir schon deutlich machen, wovon wir reden. Das war auch in den ersten beiden Aussprachen der Fall. Sie können kein Diplom, wie Sie es sich wünschen, hier vorstellen, um es dann abzulehnen. Wir wollen mit unserem Diplom keine Abkehr von Bologna. Das behaupten Sie zwar immer, das stimmt jedoch überhaupt nicht. Das geht übrigens auch rechtlich nicht. Das wollen wir nicht.Wir wollen auch keine Unterscheidung zwischen Diplom (FH) und Diplom (univ.). Wo steht das denn? Das wäre wirklich ein Zurück. Das sind Behauptungen, die einfach nicht stimmen.

(Oliver Jörg (CSU): Dann lösen Sie das Wirrwarr doch auf!)

Glauben Sie denn, dass die Sachsen verwirrt sind, wenn sie das Diplom dort einführen? Sind die Sachsen so viel intelligenter als die Bayern? Ich sage ganz offen: Das Geschehen auf Sachsens Straßen in den letzten Wochen hinterlässt den Eindruck, dass dort die Intelligenz wirklich in Maßen zu Hause ist. Insofern glaube ich, dass dort die Verwirrung nicht groß ist.

Zuletzt möchte ich anmerken, dass wir keine Verwirrung, sondern zusätzliche interessante Abschlüsse schaffen. Eine Vielfalt von Abschlüssen gab es übrigens früher

auch. Bayerische Hochschüler haben sich in dieser Zeit zurechtgefunden. Ich bin guten Mutes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte schön.

Manuel Westphal (CSU): Sehr geehrter Herr Professor Piazolo, ich darf auf meine Ausführungen und auf die Umfragen, die das Institut der deutschen Wirtschaft gemacht hat, verweisen. Eine Verwirrung würde es sehr wohl geben, weil nicht ersichtlich wäre, was sich hinter dem Titel "Diplom" versteckt. Ihre vorherige Rede hat bei mir den Eindruck hinterlassen, dass Ihrerseits eine Abkehr von Bologna gewünscht wird, egal ob dies rechtlich möglich ist oder nicht. Das sind nämlich zwei völlig verschiedene Fragen.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sie haben nicht zugehört!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Westphal. – Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Kollegin Zacharias zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Isabell Zacharias (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Herr Kollege Professor Piazolo, darüber habt ihr euch wirklich lange Gedanken gemacht. Es ist gut, wenn sich die FREIEN WÄHLER Gedanken machen, weil es genug gibt, was ihr bedenken müsst. Heute befassen wir uns zum zweiten Mal mit diesem Gesetzentwurf. In der Angelegenheit hatten wir sogar eine Woche oder zwei Wochen vor der Ersten Lesung eine Aktuelle Stunde. Wir haben uns im Hochschulausschuss damit befasst. Es ist nicht so, dass wir uns mit diesem Thema nicht befasst hätten. Wir haben die Themenfelder alle auf unserer inneren To-do-Liste.

An der Umsetzung des Bologna-Prozesses ist etwas faul. Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich das bitte ausführen. Die Bologna-Reform wurde im Jahr 1999 beschlossen und 2006 von vielen Vätern und ganz wenigen Müttern auf den Weg ge-

bracht. Fast 50 Staaten beteiligen sich an dem Bologna-Prozess. In Deutschland haben wir den größten Umbruch der Hochschullandschaft seit Humboldt mitgemacht, ohne einen Euro in die Hand genommen zu haben. Das wiederhole ich gerne mehrmals. An den Hochschulen wurde die größte Revolution durchgeführt, ohne Geld in die Hand genommen zu haben. Was haben wir Deutsche, gründlich wie wir sind, gemacht? – Wir haben die Reform sehr technokratisch umgesetzt. Wir haben die Chance nicht wahrgenommen – Herr Kollege Professor Piazolo, da sind wir beieinander –, den Bachelor auf vier Jahre, also auf acht Semester, auszudehnen. Stattdessen haben wir das sechssemestrige Sparmodell gewählt. Das war ein Sparmodell. Das habe ich vor sieben Jahren bereits festgestellt, und das sage ich heute auch wieder. Wir haben uns das Sparmodell ausgesucht. Der Bachelor wird in sechs Semester gepresst.

Viele Studienfächer, etwa Medizin und Psychologie, sind deutlich anders strukturiert als andere MINT-Fächer. Heute stellen wir in der SPD-Landtagsfraktion fest, dass ganz viele Abschlüsse ohne den Master gar nicht darstellbar sind. Die Rechnung, dass der Bachelor für den Beruf qualifiziert und der Master eine wissenschaftliche On-Top-Leistung ermöglicht, ist leider nicht aufgegangen. Insofern ist die verkürzte Bachelor-Ausbildungszeit zu kritisieren. Da ist etwas dran. Vielleicht werde ich dieses unliebsame Geschenk in der Fußgängerzone los, in der Sie, Herr Kollege, die Umfrage gemacht haben. Die Lösung wird nicht die Einführung des Diploms sein. Damit wird noch mehr Unordnung in das System gebracht.

Das sind die großen Herausforderungen des Hochschulstandorts Bayern: Die Hochschulen brauchen eine ordentliche Grundfinanzierung.

(Beifall bei der SPD)

Eine ordentliche Grundfinanzierung könnte die Universitäten und Hochschulen dazu bringen, doch den achtsemestrigen Bachelor einzuführen. Vor allem im Interesse der Ingenieurberufe könnte das Studium auskömmlich gut mit Praktika gespickt wer-

den.Wer dann den Master machen will, kann ihn in zwei Jahren obendrauf setzen. Die Grundfinanzierung ist für mich das A und O eines in die Zukunft gerichteten Hochschulstandorts Bayern. Das ist die Grundvoraussetzung, um auch Kollegen hier auf diesem Flügel, auf dem rechten Flügel anzusprechen, wo nicht alle ganz wach sind - - Nicht, dass der Kollege, den ich im Blick habe, jetzt gleich umfällt.

(Heiterkeit bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Das ist der Flügel, der uns immer weismachen will, dass die prekären Arbeitsverhältnisse an Hochschulen und Universitäten kein Fakt sind. Doch!

(Beifall bei der SPD)

Hätten wir eine gedeihliche Ausfinanzierung der Universitäten, gäbe es nämlich keine prekären Arbeitsverhältnisse an Universitäten und Hochschulen. Dann hätten wir keine wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter, die zum Teil in Sechzehntel-Arbeitsverträgen ihre wissenschaftliche oder nichtwissenschaftliche Arbeit machen. Wir wissen, dass bei Hilfskräften zwar der Mindestlohn formal angewandt wird; aber dann sagt man, dann arbeitest du eben im Vorweg, weil die Abhängigkeiten sehr groß sind. Wir können prekäre Arbeitsverhältnisse verhindern, indem wir Hochschulen auskömmlich grundfinanzieren. Das ist ein Punkt, den wir angehen müssen, Kolleginnen und Kollegen, nicht die Frage der Wiedereinführung des Diploms.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Wir müssen endlich verstehen, dass Bayern den Hochschulstandort mit seinen großartigen 24 Hochschulen und Universitäten bei guter Finanzierung nach vorne bringen und großartige junge Menschen hervorbringen wird, die unser Land bereichern und in die Welt ausschwirren. Dazu müssen wir sie in die Lage versetzen. Dafür brauchen sie Kontinuität und Verlässlichkeit seitens des Bayerischen Landtags. Deswegen brauchen wir keine Diskussion zur Wiedereinführung des Diploms, sondern zu ganz anderen Themen. Ich habe sie genannt: Grundfi-

nanzierung, eine Abkehr von prekären Arbeitsverhältnissen und bezahlbarer Wohnraum für alle Studierenden.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß anhand des Beispiels Aschaffenburg, dass es viele Studierende gibt, die dort nicht wohnen können. Kolleginnen und Kollegen der CSU, Herr Ministerpräsident – er ist nicht da, aber es wird ihm zugetragen werden -, es ist nicht nur eine Aufgabe der Kommunen und der Studentenwerke, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Es ist unsere Aufgabe, hier finanzielle Mittel vorzuhalten, damit bezahlbarer Wohnraum, auskömmliches Essen und psychosoziale Betreuung für alle Studierenden vorgehalten werden können. Das sind die Themen der Hochschulen und Universitäten in Bayern, nicht die Frage der Wiedereinführung des Diploms.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Zacharias. – Jetzt erteile ich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Osgyan das Wort. Bitte schön.

Verena Osgyan (GRÜNE): Verehrter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir haben uns sehr ausführlich Gedanken über den Vorstoß der FREIEN WÄHLER zur Wiedereinführung des Diploms gemacht. Wir hatten mit Ihnen zusammen eine Aktuelle Stunde. Es gab die Erste Lesung. Wir haben in den Ausschüssen mehrfach darüber beraten. Herr Piazolo, bei der Analyse bin ich in vielen Punkten mit Ihnen einig. Die Bologna-Reform ist 16 Jahre später keineswegs gescheitert, aber es kracht noch an allen Ecken und Enden, und wir haben sehr viel Nachholbedarf. Herr Westphal, es hat mich sehr gefreut, dass Sie gesagt haben, lassen Sie uns im Rahmen des bestehenden Systems daran arbeiten, diese Reform weiterzuführen. Das ist meines Erachtens notwendig. Es wurde schon ausgeführt: Der sechssemestrige Bachelor ist nicht der Weisheit letzter Schluss. Er ist international häufig nicht anschlussfähig. Ich muss Ihnen leider zustimmen, Herr Piazolo: Der Bachelor ist bei der Wirtschaft weithin offen-

sichtlich noch nicht so anerkannt, wie er eigentlich sein sollte. Das heißt für mich aber nicht, gleich das ganze System in Form der dreigestuften Abschlüsse, die Bologna vorsieht, mit Bachelor, Master und Promotion, infrage zu stellen.

Das Diplom ist wirklich eine deutsche Marke. Ich habe selber noch im Diplomstudiengang studiert und weiß, was wir daran hatten. Aber das ist einfach vorbei; wir haben nun ein anderes System und viel Energie in die Umstellung gesteckt. Natürlich gibt es auch noch viele Diplomstudiengänge. Da spricht für mich nichts dagegen zu sagen, wir müssen uns nicht beeilen, auch noch alle diese in kurzer Zeit umzustellen. Wir können uns dabei durchaus Zeit lassen, um Ruhe in das System zu bringen.

Ich denke aber, die Einführung einer zusätzlichen Laufbahn im Sinne eines Diploms würde noch mehr Unruhe bringen und vor allem Kosten aufwerfen. Ich bin mir auch nicht sicher, ob die internationale Anschlussfähigkeit dann wirklich so gegeben wäre. Wir müssen jetzt doch vor allem daran arbeiten, für Studierende zumindest die Möglichkeit zu schaffen, einen Bachelor zu finden, der international anschlussfähig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen daran arbeiten, dass es genügend Master-Studienplätze in Bayern gibt, damit alle, die dazu befähigt sind, tatsächlich den Master machen können. Die Situation hat sich nach dem, was ich gehört habe, offensichtlich leicht entspannt. Das liegt aber weithin daran, dass viele Studierende mit den Füßen abstimmen und ihren Master in anderen Bundesländern machen. Sehr wenige kommen hingegen von außen nach Bayern, um ihren Master hier zu machen. Wenn wir unseren Standort konkurrenzfähig machen wollen, müssen wir die Zahl der Masterstudienplätze ausbauen. Daran führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe im Gegensatz zum Bachelor noch nicht gehört, dass der Master nicht anerkannt sei. Er ist vielleicht noch nicht so bekannt, aber es spricht nichts dagegen, Äqui-

valenzdiplome zu vergeben. Das ist in weiten Teilen schon möglich. Vielleicht müssen wir die Regelungen dafür noch etwas lockern und die Universitäten und Hochschulen ermuntern, tatsächlich Äquivalenzdiplome zu vergeben. Der Titel lässt sich so auch erhalten. Aber wir müssen die Laufbahn so gestalten, dass sie international anschlussfähig ist.

Rückblickend betrachtet war es vor 16 Jahren ein wahnsinnig mutiger Schritt in Bezug auf die europäische Einigung zu sagen, wir möchten einen europäischen Hochschulraum, der durchlässig ist und die Chance gibt, sich auszutauschen. Für mich ist es kein Grund, ihn grundsätzlich infrage zu stellen, nur weil er momentan noch nicht vollkommen verwirklicht ist. Außerdem haben wir derzeit viel größere Baustellen zu bearbeiten.

Es wurden bereits ganz viele Punkte genannt, die wir in unserem Hochschulsystem reformieren müssen. Dazu gehört mit Sicherheit das Thema Grundfinanzierung. Sie von der CSU sagen immer, die Gelder für die Grundfinanzierung seien gestiegen. Aber pro Studierendem sind sie faktisch gesunken. Die Drittmittelabhängigkeit steigt. Damit sind die prekären Arbeitsverhältnisse für den wissenschaftlichen Mittelbau direkt zu verbinden. Da waren wir uns im Ausschuss einig. Es ist uns allen wichtig, daran zu arbeiten, sichere Beschäftigungsverhältnisse für junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zu bekommen. Es ist mir ein Anliegen, daran weiterzuarbeiten.

Andere Dinge wurden ebenfalls schon genannt. Es geht um Frauenförderung an Hochschulen. Warum haben wir nur einen Anteil von 17 % Professorinnen in Bayern? Andere Bundesländer, zum Beispiel Berlin, haben einen Anteil von 30 %. Auch da müssen wir nachlegen.

Ich führe einen letzten Punkt an. Die Kultusministerkonferenz hat erst diese Woche beschlossen, den Hochschulzugang für Geflüchtete zu vereinheitlichen und zu vereinfachen. Angesichts der vielen jungen Menschen, die jetzt hier sind und die wir in unserem Land zu Qualifikationen führen müssen, um bei der Integration gemeinsam voran-

zukommen, ist das eine Aufgabe, der sich Bayern stellen muss und wo ich leider in den vergangenen Monaten bei der Behandlung unserer Anträge gemerkt habe, dass wir nicht auf große Resonanz stoßen. Ich hoffe, das alles ändert sich jetzt. Ich hoffe, wir können gemeinsam die wirklich großen Baustellen in der Hochschullandschaft Bayern angehen.

Herr Piazolo, ich würdige es ausdrücklich, dass Sie eine Interpellation gestellt haben. Ich glaube, mit diesen Antworten werden wir arbeiten können. Aber für mich ist es gerade angesichts dessen zu früh, den Schluss zu ziehen, wir brauchen das Diplom, abgesehen davon, dass ich mir bereits jetzt sicher bin, dass alle Fakten dagegen sprechen. Ich denke, wir haben viele wichtigere Aufgaben vor uns.

An dieser Stelle möchte ich allen Studierenden, allen Lehrenden, allen jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und allen Beschäftigten an den Hochschulen frohe Weihnachten wünschen und den Wunsch äußern, dass wir im nächsten Jahr gemeinsam an diesen Themen weiterarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Osgyan. Auch für die Weihnachtswünsche herzlichen Dank. – Für die Staatsregierung hat sich Herr Staatsminister Dr. Spaenle gemeldet. Bitte schön. Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich glaube, ich stelle vorweihnachtliche Verwirrung fest.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wir haben jetzt Tatbestände miteinander vermengt und Wahrnehmungen in der Hochschulpolitik gehört, die, glaube ich, an der Realität völlig vorbeigehen. Man kann zurück in die Vergangenheit gehen. Hochschulrechtlich ist das möglich. Ich glaube aber, man kann 15 Jahre hochschulpolitische Entwicklung nicht rückgängig machen.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Das will ja niemand! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bewährtes erhalten!)

Wir sehen die Notwendigkeit, innerhalb des Bologna-Prozesses aus den Erfahrungen mit dem gestuften Abschlusssystem Schlüsse zu ziehen und für eine Weiterentwicklung zu sorgen. Die Behauptung, dass die Abschlüsse, die in Bayern angeboten werden, international nicht anschlussfähig seien, ist schlicht und einfach falsch. Die Behauptung, dass wir nur 6 plus 4 hätten, ist auch falsch. Wir fahren an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften als eines der wenigen Länder von Beginn an den grundständigen Bachelor mit 6 plus 1. Die jungen Leute, die die Hochschule verlassen, sind hoch erfolgreich, egal ob sie MINT-Abschlüsse, die früheren Diplom-Abschlüsse oder andere Abschlüsse haben. Sie haben entsprechend gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Eine Lösung 8 plus 4 ist etwas Bemerkenswertes. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

In der Regel ist die gestufte Studienabschlusszeit auf fünf Jahre angelegt. Innerhalb dieser fünf Jahre ist Gestaltungsfreiheit möglich. Wir haben uns dafür entschieden, dass der Regelabschluss für den grundständigen Bachelor an Universitäten klassischen Zuschnitts wie in den meisten anderen Ländern nach sechs Semestern erfolgt, an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften nach sieben Semestern. Der Regelabschluss in den entsprechenden konsekutiven Masterstudiengängen erfolgt nach vier Semestern an den Universitäten bzw. nach drei Semestern an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Die Durchlässigkeit zwischen Fachhochschulen, sprich Hochschulen für angewandte Wissenschaften, und den Universitäten ist durch die Einführung der gestuften Studiengänge dramatisch angestiegen, weil wir eine Bewegung von Bachelor-Absolventen, die ihren Abschluss an der HAW erworben haben, zu Masterangeboten an den Universitäten hin feststellen.

Zweitens sind wir in den letzten zehn Jahren zum drittbeliebtesten Land auf dem Erdball geworden, was die Wahrnehmung von Studienangeboten durch ausländische Studierende angeht. Vor uns liegen nur noch die USA und Großbritannien. Diese Entwick-

lung hat natürlich mit den gestuften Studienabschlüssen zu tun, weil die Kompatibilität zwischen dem, was in Deutschland gelehrt wird, und der Möglichkeit gestufter Studienabschlüsse sowie die Wahrnehmung von Teilen eines Studiums in dem internationalen System gestiegen ist. Das ist die Wahrheit.

Was das Thema "Finanzausstattung der bayerischen Hochschulen" und die hierzu getroffenen Vereinbarungen der Großen Koalition angeht, hat der Bund BAföG-Entlastungskosten in Höhe von über 2 Milliarden Euro übernommen. Bayern betreffen davon jährlich 160 Millionen Euro. Davon fließen 140 Millionen Euro in vollem Umfang in den Bereich Wissenschaft und an die Hochschulen. 20 Millionen Euro werden für die schulische Bildung zur Verfügung gestellt. Neben Baden-Württemberg sind wir eines von ganz wenigen Ländern in Deutschland, die das tun. Wir sind das einzige Land, das die klassische Grundausstattung an allen bayerischen Hochschulen – egal, ob es sich um Hochschulen für angewandte Wissenschaften oder Universitäten handelt – angehoben hat, weil wir natürlich sehen, dass die Erfolge, die die Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften beim wettbewerblichen Einwerben von Projekten – sprich drittmittelgestützt – aufweisen, die Schere zwischen Grundausstattung und entsprechenden drittmittelgestützten Anstellungsverhältnissen haben aufgehen lassen. Wir haben daraus Konsequenzen gezogen.

Wir sehen, dass bei der Frage der Studierfähigkeit, die vor sechs, acht Jahren die Demonstrationswelle der Studierenden ausgelöst hat, Konsequenzen gezogen werden mussten, und dies werden wir auch weiterhin tun. Wir müssen aber auch etwas ganz anderes, nämlich die Systemakkreditierung vorantreiben. Das heißt, wir haben die Aufgabe, diese Hochschulen so zu stellen, dass sie ihre eigenen Studiengänge selbst evaluieren und akkreditieren können. Dieser Weg ist für die Hochschulen sehr anstrengend, aber letztlich lohnend, weil sie den kostenaufwendigen sowie zeit- und personalaufwendigen Weg der Akkreditierung einzelner Studiengänge nicht mehr gehen müssen. Vielmehr bekommen sie für eine bestimmte Anzahl von Jahren die entsprechende Anerkennung für ihr Qualitätssicherungssystem. Es gilt, diesen Weg weiterzu-

gehen. Diesen Weg haben erst wenige Hochschulen, zum Beispiel die TU in München, beschritten.

Wir müssen dafür sorgen – das haben wir bereits getan –, dass die Kapazitäten für Masterstudiengänge bei der Ausbauplanung angehoben werden. Bei der auf dem Hochschulpakt fußenden Grundfinanzierung der Erstsemester werden insgesamt acht Semester pro Nase bezahlt. Bei einem durchschnittlichen Bachelorstudium mit sechs Semestern ist in die Finanzierungskulisse bereits ein Masteranteil eingespeist, was über die Auswirkungen des Hochschulpaktes und die Ausbauplanung entsprechend vorgenommen wird. Wir haben und werden weiterhin die Entwicklung der Masterstudienplatzkapazitäten genau beobachten. Wir haben bereits nachgesteuert und werden dies dort, wo es notwendig ist, weiterhin tun. Aktuell und zeitnah wurde beobachtet: Wir haben an den bayerischen Hochschulen ausreichende Masterstudienplatzkapazitäten. Aber es wird nicht immer möglich sein, dass man an der Hochschule, an der man studiert, auch den gewünschten Masteranschluss – konsekutiv oder nichtkonsekutiv – findet. Das ist der Punkt. Das kann man benennen, weil es öffentlich diskutiert wurde: Wir hatten aus bestimmten Gründen an der Universität in Würzburg einen Engpass in Psychologie; diesen haben wir beseitigt. Genau diese Entwicklung beobachten wir.

Gott sei Dank werden mehr junge Menschen Masterangebote wahrnehmen, als es in den Prognosen vorhergesehen war. In der Zeit der Gesetzgebung war sogar die Überlegung, ob man nicht bestimmte Quoten gesetzlich festlegt, die den Übergang vom Bachelor zum Master bestimmen hätten sollen. Das wäre völlig falsch und kontraproduktiv gewesen.

Wir müssen uns dem Auftrag stellen, auf der einen Seite bei konsekutiven Studiengängen die inhaltlichen Angebote und die Curricula noch besser zu verzahnen, auf der anderen Seite die Berufsfähigkeit, die ein Teil der Überlegungen des Bologna-Systems war, und das, was wir an grundständigen Inhalten in der akademischen Lehre brauchen, beieinander zu halten und dem entsprechenden akademischen Anspruch Genü-

ge zu leisten. Insofern ist die Rückkehr zum Diplom hochschulrechtlich eine Sackgasse.

Die Technischen Universitäten beschreiten einen ganz anderen Weg. Diese haben nämlich vereinbart, dass mit dem Masterzeugnis das Testat ausgestellt wird, dass der Umfang der Studieninhalte und das, was erreicht worden ist, dem klassischen Diplomingenieur entsprechen. Das sind mögliche hochschulrechtliche Maßnahmen. Aber mit Nostalgie werden wir den Herausforderungen in der Wissenschaftspolitik des 21. Jahrhunderts nicht Genüge tun.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister, einen kleinen Moment. Herr Kollege Piazolo hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Staatsminister, zum Ersten – das habe ich bereits mehrmals erwähnt, aber man findet kein Gehör –: Wir wollen nicht zum Diplom zurück, sondern es weiterentwickeln. Das hatte ich auch beschrieben. Aber da das scheinbar nachvollziehbar und gut ist, wird es nicht angenommen, sondern man greift auf das Alte zurück.

Ich habe eine zweite Bemerkung im Anschluss an das, was gestern der Herr Ministerpräsident gesagt hat, der auf das von ihm übernommene Erbe ein bisschen zurückgeblendet hat. Sie haben gesagt, man könne nicht zu dem zurückkehren, was vor 15 Jahren gewesen sei. Ich will Ihnen nur ein paar Dinge nennen, die vor 15 Jahren nicht Sie persönlich, jedoch die CSU verfochten hat, die sie aber heute nicht mehr verficht. Daran sieht man, dass man das doch kann. Erstes Beispiel: Sie haben vor 15 Jahren und danach die Studiengebühr vehement verfochten, heute jedoch nicht mehr. Auch das Büchergeld hat die CSU eingeführt; das gibt es aber heute nicht mehr. Auch vom Transrapid ist man heute weggekommen. Auch von der Atomkraft, die vor 15 Jahren bei der CSU Begeisterungsstürme ausgelöst hat, ist man weggekommen. Vom Donauausbau, der vor 15 Jahren gefordert wurde, ist man heute ebenfalls weg-

gekommen. Auch vom G 8 gehen Sie mit der "Mittelstufe Plus" langsam weg. Ich stelle mir die Frage: Warum kann man nicht wieder einmal über ein Diplom nachdenken, das Sie vor 15 Jahren auch noch vertreten haben? Die Aussage, alles, was vor 15 Jahren gewesen sei, könne man im Grunde genommen weglegen, darüber brauche man nicht mehr nachzudenken, ist falsch. Auch eine CSU hat sich in 15 Jahren gewandelt. Vieles hat sich zum Guten hin geändert. Denken Sie auch über dieses Diplom nochmals nach.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ich kann jetzt nicht unmittelbar ableiten, was der Donauausbau und die Atomkraft mit wissenschaftspolitischen Fragestellungen zu tun haben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihre ständigen Kurswechsel, erst dahin, dann dorthin!)

Ich habe schon immer gesagt: Sauferkel allein halten, langt nicht. - Die Studiengebühren haben ihre Lenkungswirkung getan. Wir haben heute in den Haushalt einen Betrag von über 180 Millionen Euro eingestellt, der das strategische Ziel der Studienbeiträge erfüllt, nämlich zusätzliche Mittel für die Lehre zur Verfügung zu haben, an deren Verausgabung die Studierenden unmittelbar beteiligt sind. Ich meine nicht die hochschulrechtliche Möglichkeit, die besteht, um einen solchen Titel wieder einzuführen, sondern es geht um die bundesweit getroffene Entscheidung im deutschsprachigen Wissenschaftsraum. Dieser Wissenschaftsraum hat eine ganz andere Kultur, weil er eben nicht auf einem gestuften Studienabschlusssystem basiert wie etwa der amerikanische Wissenschaftsraum und übrigens auch die gesamten Länder Südost- und Osteuropas nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Diese Länder haben sich diesem anglo-amerikanisch geprägten System angeschlossen. Deswegen hat sich der deutschsprachige Wissenschaftsraum mit der Einführung schwerer getan. Insofern hat Frau Zacharias recht.

Wir haben natürlich wieder sämtliche AGBs und Beipackzettel gründlich mit umgesetzt. Das ist richtig. Aber ein Studienabschluss wird nicht im luftleeren Raum geschaffen. Wir haben die Grundstruktur eines gestuften Abschlusswesens, das übrigens nicht zwei, sondern drei Zyklen umfasst. Der klassische Ansatz ist ein grundständiger Bachelor zur weiterentwickelten Form des Masters und dann ein strukturiertes Promotionsstudium. Ich komme selber aus den Geisteswissenschaften und glaube, dass allein dieses dritte Element eine Veränderung gebracht hat, die an dieser Stelle guttut, weil ich eine entsprechende Begleitung und eine ganz andere Form der wissenschaftlichen Einbettung habe.

Das meine ich mit "Roll back". Wenn ich einen Titel schaffe, ist es ein Titel ohne Boden. Die Anschlusssystematik würde für einen Diplomabsolventen gelten. Das Beispiel Sachsen zeigt, dass der Weg eines Diplomstudiengangs rechtlich möglich ist. Ich halte ihn aber hochschulpolitisch für nicht richtig.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 17/6816 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen, bitte. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Enthaltungen? – Eine Enthaltung bei der CSU-Fraktion.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Einer denkt schon mit!)

Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Gote und anderer und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Reform des Bestattungsrechts: Islamische Bestattungen erleichtern – Qualität der Leichenschau verbessern – Qualität des Bestattungswesens absichern" auf der Drucksache 17/3724 bekannt. Mit Ja haben 60, mit Nein 86 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)